

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Detlef Ehlebracht,  
Olga Petersen, Thomas Reich, Marco Schulz und Krzysztof Walczak (AfD)**

**Betr.: Schutz vor häuslicher Gewalt während der Corona-Krise sicherstellen**

Experten befürchten, dass die Corona-Krise zu einem massiven Anstieg von häuslicher Gewalt führen könnte. Vor allem Frauen und Kinder sind davon betroffen. So berichtete „DER SPIEGEL“, dass in der chinesischen Stadt Wuhan, in welcher Ende vergangenen Jahres das Coronavirus das erste Mal ausbrach, der Kampf gegen deren Ausbreitung auch seine Folgen hatte:

„Seitdem immer mehr Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlassen können, kommt es in China vermehrt zu Angriffen auf Frauen. Eine Frauenrechtsorganisation registrierte eine Verdreifachung der Hilferufe wegen häuslicher Gewalt.“<sup>1</sup>

Auch der UNO-Generalsekretär Guterres kritisiert einen weltweiten Anstieg häuslicher Gewalt angesichts der Einschränkungen in der Coronavirus-Pandemie<sup>2</sup>.

Die Isolation beziehungsweise Ausgangsbeschränkungen und finanziellen Sorgen könnten zu mehr häuslicher Gewalt führen, sagt auch Bundesfamilienministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey. Sie schlug auch vor, dass leer stehende Hotels für Frauen und Kinder, die vor Gewalt fliehen, geöffnet werden könnten. Dabei nannte sie als positives Beispiel die Stadt Kassel, die leer stehende Ferienwohnungen für Frauen in Not angemietet hat, oder Berlin, wo „zwei ganze Hotels als Schutzräume“ gebucht worden seien.<sup>3</sup>

Da die Zahl der Opfer von häuslicher Gewalt seit Jahren steigt<sup>4</sup> und diese Krise mit den Ausgangsbeschränkungen zu einer weiteren Steigerung beitragen wird, ist es absolut notwendig, die von häuslicher Gewalt bedrohten Kinder und Frauen in den Fokus zu nehmen.

Daher sollen derzeit leer stehende Ferienwohnungen und Hotels angemietet werden, um Frauen und Kindern, die von häuslicher Gewalt bedroht werden, die Möglichkeit zu geben, aus dieser Situation zu fliehen. Außerdem soll den Frauen und Kindern während und nach dem Aufenthalt kompetente Beratung zukommen. Die jetzt schon überfüllten Frauenhäuser werden diese bevorstehende Steigerung von Fällen häuslicher Gewalt nicht mehr stemmen können. Hamburg muss hier seiner Fürsorgepflicht nachkommen.

Außerdem soll eine große Kampagne gestartet werden – sowohl online als auch im Rundfunk –, in der kurz und einfach Auswege aus der häuslichen Gewalt erklärt wer-

<sup>1</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-und-haeusliche-gewalt-wenn-das-eigene-zuhause-nicht-sicher-ist-a-f4ed7e8a-9224-4876-bbc1-45e2b5a9c26c>.

<sup>2</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-haeusliche-gewalt-in-coronavirus-pandemie.1939.de.html?drn:news\\_id=1118037](https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-haeusliche-gewalt-in-coronavirus-pandemie.1939.de.html?drn:news_id=1118037).

<sup>3</sup> <https://www.donaukurier.de/nachrichten/panorama/Gesundheit-Krankheiten-Corona-Covid-19-haeusliche-Gewalt-Franziska-Giffey-Deutschland-Giffey-Mehr-haeusliche-Gewalt-vor-alle-m-in-Staedten;art154670,4543420>.

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/gewalttaten-frauen-deutschland-101.html>.

den, trotz Ausgangsbeschränkungen. Außerdem sollen hier alle Hotlines genannt werden, die von häuslicher Gewalt bedrohte Frauen und Kinder wählen können, um schnelle und unbürokratische Hilfe zu bekommen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. eine Kampagne sowohl online als auch im Rundfunk zu starten, in der von häuslicher Gewalt bedrohten Frauen und Kindern Möglichkeiten erörtert werden,
  - a) wie sie auch in der Corona-Krise trotz Ausgangsbeschränkungen Hilfe bekommen können,
  - b) welche Hotlines (etwa 116 111) in Fällen von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder angerufen werden können.
2. leer stehende Hotels und Ferienwohnungen im Zeitraum der Corona-Pandemie und notfalls darüber hinaus anzumieten und diese Frauen und Kindern, die vor häuslicher Gewalt fliehen, zur Verfügung zu stellen.
3. den von häuslicher Gewalt bedrohten und untergebrachten Frauen und Kindern kompetente Beratung während des Aufenthalts und danach zukommen zu lassen.